



## Hendricks: Bericht zur Beseitigung von Abwässern aus der Kaliproduktion 'Beitrag für offenen Dialog'

Hendricks: Bericht zur Beseitigung von Abwässern aus der Kaliproduktion "Beitrag für offenen Dialog"<br /><br />Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hat heute einen Bericht des Umweltbundesamtes zur Beseitigung von Abwässern aus der Kaliproduktion entgegengenommen. Als eine von mehreren Optionen, die langfristig zu einer signifikanten Verbesserung der Gewässerqualität von Werra und Weser führen sollen, hat das Umweltbundesamt in den vergangenen Monaten das sogenannte Eindampfungsverfahren geprüft. Die Behörde kommt in ihrer Stellungnahme zu dem Ergebnis, dass das Eindampfungsverfahren prinzipiell möglich ist, einschließlich der erforderlichen Vorarbeiten aber vier bis fünf Jahre dauern würde.<br />Die Belastung durch Salzabwässer aus der Kaliproduktion ist die zentrale Herausforderung bei der Wiederherstellung der Gewässerqualität von Werra und Weser. Die Frage, wie dem Problem der Salzbelastung begegnet werden kann, gehört zu den wasserwirtschaftlichen Vollzugsaufgaben der Länder.<br />Diskutiert werden derzeit mehrere Optionen, die langfristig zu einer signifikanten Verbesserung des chemischen und ökologischen Zustands führen sollen. Dazu gehört auch das Eindampfungsverfahren, bei denen die Abwässer vor Ort verdampft werden, wobei die Rückstände teils vermarktet werden können, teils aber auch als feste Abfälle entsorgt werden müssen.<br />Zusammengefasst spricht sich das Umweltbundesamt in seinem Bericht unter den gegebenen Randbedingungen und Umständen gegen eine Wiederaufnahme der Eindampfungslösung in die Diskussion und Entscheidungsfindung hinsichtlich Bewirtschaftungs- und Maßnahmenpläne der Flussgebietsgemeinschaft Weser aus.<br />Bundesumweltministerin Barbara Hendricks betonte: "Die Stellungnahme ist ein Beitrag für einen offenen Dialog darüber, wie die Gewässerqualität von Werra und Weser verbessert werden kann. Ziel muss es sein, eine für alle Beteiligten akzeptable Lösung zu finden, die auch den Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie genügt. Hier werden wir die betroffenen Bundesländer weiter mit unserer Expertise unterstützen."<br />Die Stellungnahme des Umweltbundesamtes finden Sie unter:<br /><http://bit.ly/ZZ1Bu1> <br />Das BMUB auf Twitter: @bmub <br /><br />Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)<br />Stresemannstraße 128 - 130<br />10117 Berlin<br />Telefon: 030 18 305-0<br />Telefax: 030 18 305-2044<br />Mail: [presse@bmub.bund.de](mailto:presse@bmub.bund.de)<br />

### Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

[presse@bmub.bund.de](mailto:presse@bmub.bund.de)

### Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

[presse@bmub.bund.de](mailto:presse@bmub.bund.de)

Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.